

„ ... den Grund und Boden für eine demnächst in tunlichst großem Umfange zu errichtende neue Landesirrenanstalt zu erwerben.“¹ Dieser Auftrag erging am 8. März 1910 vom brandenburgischen Provinziallandtag an den Provinzialausschuss. Er signalisierte das drängende Bedürfnis der Provinzialverwaltung nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten für geistig Behinderte und psychisch Kranke. Im Ausschreibungsverfahren um die Fürsorgeeinrichtung, von der sich die Stadtväter verschiedener Kommunen einen wirtschaftlichen Aufschwung versprachen, setzte sich Brandenburg an der Havel durch.

Auf dem Görden, einem Brandenburger Stadtteil inmitten landschaftlicher Idylle, wuchs innerhalb weniger Jahre ein gewaltiger Komplex. Die Anstalt war nicht nur eine der größten ihrer Art überhaupt, sondern auch ein typisches Beispiel der stationären psychiatrischen Versorgung im Wilhelminischen Zeitalter. Sie steht exemplarisch für die psychiatrischen Großkrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft, bei denen Heil- und Pflegeauftrag gekoppelt waren.² Standort, Größe, Aufbau und Ausstattung spiegeln Charakteristika jener Epoche wider: Einerseits befand sich das Krankenhaus architektonisch und therapeutisch auf der Höhe der Zeit, andererseits verbannte es die Patienten an die Peripherie der Stadt und damit gleichsam an den Rand der Gesellschaft. Ein „Asyl für Verrückte“ war entstanden. Erbaut in den Jahren 1911 bis 1914 wurde die Gördener Einrichtung zum Fokus, in dem sich das 20. Jahrhundert mit seinen gesellschaftlichen Umbrüchen und zwei Weltkriegen nachhaltig niederschlug.

Die vorliegende Arbeit fragt system- und epocheübergreifend nach der Rolle der Anstalt im jeweiligen Fürsorgewesen bzw. in der jeweiligen Gesundheitspolitik, den dominierenden therapeutischen Konzepten und deren Niederschlag in Pflege und medizinischer Betreuung innerhalb der Gördener Einrichtung sowie nach der engen Verflechtung von Klinikgeschichte und Brandenburger

1 Verhandlungen des brandenburgischen Provinziallandtages. 37. Tagung, 26.2. bis 9.3.1910, Strausberg o. J., S. 124.

2 Mit Entstehung, Entwicklung und Funktion des psychiatrischen Anstaltswesens beschäftigen sich zahlreiche Einzelstudien zu psychiatrischen Krankenhäusern. Aus zusammenfassender Sicht sind für die Thematik von Interesse: Dirk Blasius, „Einfache Seelenstörung“. Geschichte der deutschen Psychiatrie 1800–1945, Frankfurt/M. 1994; Bernd Walter, Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 16), Paderborn 1996; Franz-Werner Kersting, Anstaltsärzte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Das Beispiel Westfalen (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 17), Paderborn u. a. 1996; Kristina Hübener, Leistende Verwaltung und Anstaltsfürsorge. Die Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Brandenburg zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Mit einem Beitrag von Akira Hashimoto (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 9), Berlin-Brandenburg 2005; Dieter Jetter, Grundzüge der Geschichte des Irrenhauses, Darmstadt 1981; N. Müller, Historische und aktuelle Bauprinzipien psychiatrischer Kliniken, in: Nervenarzt 68 (1997), S. 184–195.

Stadtgeschichte. Darüber hinaus werden Patientenschicksalen, die den Psychiatriealltag widerspiegeln sowie der Rolle der Ärzte und des Pflegepersonals eingehender beleuchtet.

Der institutionsgeschichtliche Zugriff erlaubt nicht nur, das Allgemeine in seiner konkreten Ausprägung auf der Mikroebene zu kennzeichnen, sondern zeigt Besonderheiten, die sich in einer deutlichen Ausprägung allgemeiner Trends bzw. Abweichungen, Nebenlinien oder gar Umwegen offenbaren. Es geht in der Untersuchung auch um Fragen nach den Spezifika der Görden Psychiatrie: Welche Konzepte entwickelten sich anstaltsintern im Kontext nationaler Diskussionen? Wie groß waren die Spielräume für eigenständige Entwicklungen und wie wurden diese vom Krankenhaus genutzt? Wo lässt sich mehr (wo auch weniger) Engagement bei der Umsetzung gesellschaftlicher und psychiatriepolitischer Vorgaben ausmachen?

Geleitet werden die Fragestellungen von der Perspektive der Großanstalt als sozialpolitische und medizinische Extremform mit einem hohen Anteil an chronisch Kranken und Behinderten. Obwohl an diesem großbetrieblichen Konzept jahrzehntelang festgehalten wurde, implizierte es zugleich die Frage nach Reformen innerhalb des anstaltzentrierten Systems, wobei der Handlungsbedarf für Veränderungen in unterschiedlichen Zeiten auf unterschiedlichen Feldern ausgemacht wurde.

In den 1920er Jahren, als sich die Landesanstalt Görden zum Krankenhaus profilierte,³ sollten erste sozialpsychiatrische Reformen als Korrektiv zu den steigenden Patientenzahlen im Großkrankenhaus wirken. Die vorliegende Untersuchung zeigt dabei auf, ob und wie diese Ansätze am Görden Krankenhaus rezepiert wurden und welche anstaltsinternen Bedingungen die konkrete Umsetzung bestimmten. Zugleich macht die Görden Anstaltsgeschichte beispielhaft deutlich, dass die Reformen der 1920er Jahre keine grundsätzliche Wende im Versorgungssystem bewirkten und Patientenzustrom und Kostenteigerung nicht abschaffen konnten.

Mit der Errichtung der NS-Diktatur gerieten Gesundheit und Leben des Gros der Anstaltspatienten in Gefahr. Geistig Behinderte, psychisch Kranke und diejenigen, die der Fürsorge anderer bedurften, wurden von den Nationalsozialisten als „lebensunwert“ und als „Ballastexistenzen“ diffamiert und stigmatisiert, verfolgt und ermordet. An diesem Feldzug gegen Kranke und Behinderte war die Görden Anstalt sowohl als Landesinstitution als auch durch ihre Mitarbeiter unmittelbar beteiligt. Wenn Ernst Klee von Brandenburg an der Havel als einer Stadt mit drei Vernichtungszentren spricht, so meint er neben dem neuen Zuchthaus, wo politische Gegner enthauptet wurden und der Gasmordanstalt an der Neuendorfer Straße auch das Krankenhaus im Stadtteil Görden.⁴

Nach der Zerschlagung des NS-Regimes, als die Mangelbewältigung im Vordergrund stand, gingen konzeptionelle Fragestellungen an die Institution Großkrankenhaus unter. Erst in den 1950er Jahren regten sich Re-

³ Im Jahre 1919 erfolgte die Umbenennung von Irrenanstalt in Landesanstalt Görden. Diesen Namen behielt die Einrichtung bis 1952.

⁴ Vgl. Ernst Klee, *Irrsinn Ost – Irrsinn West. Psychiatrie in Deutschland*, Frankfurt / M. 1993, S. 75.

formversuche. Dabei ließen die Rahmenbedingungen wenig Spielraum für grundsätzlich Neues. In der DDR gehörte die Psychiatrie – und zumal die Anstaltspsychiatrie – zum Randgebiet medizinischer Versorgung. Sparsamste Mittelzuführung ließ in Görden die Bausubstanz verfallen und konservierte teilweise die alte Verwahrspsychiatrie mit großen dunklen Schlaßsälen und menschenunwürdigen Bedingungen. Doch der Blick wäre zu einseitig, würde er nur im düsteren Anstaltsmilieu verweilen. Als Bezirkskrankenhaus und Bezirksnervenlinik⁵ gehörte die Gördener Einrichtung zu einer DDR-weiten Reformbewegung, die das Großkrankenhaus als modernes psychiatrisch-neurologisches Fachkrankenhaus anstrebte. Die Ordnungs- und Kontrollfunktion der Massenanstalt sollte zurückgedrängt werden zugunsten einer aktiven beruflichen und sozialen Rehabilitation und einer gesellschaftlichen Integration der Patienten. Die „Rodewischer Thesen“ von 1963 und die „Brandenburger Thesen zur Therapeutischen Gemeinschaft“ aus dem Jahre 1976 stehen für derartige Bestrebungen. Letztlich konnten sie sich zwar nicht gegen eine Gesundheitspolitik durchsetzen, für die der Psychiatriepatient am untersten Ende der Pyramide stand. Sie vermochten es aber, Insellösungen moderner Medizin zu schaffen. Auf den Gebieten der beruflichen Rehabilitation von chronisch Kranken und Behinderten, der Heilpädagogik, der Dispensairebetreuung für Epileptiker und Alkoholranke, der Soziotherapie und der Neurologie kam Modellhaftes aus der Brandenburger Psychiatrie.

Die politische Wende in der DDR und der sich anschließende Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland katapultierten auch die psychiatrischen Krankenhäuser in völlig neue gesellschaftliche Verhältnisse. Am Ende des 20. Jahrhunderts stand das Großkrankenhaus vor der Aufgabe, durch Enthospitalisierung und weitere Profilierung des klinischen Bereichs sich zum modernen Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie zu entwickeln.

An eigenständigen Überblicksarbeiten zur Geschichte Landeslinik Brandenburg liegen bisher zwei Darstellungen vor: die Schrift des ehemaligen Direktors Franz Viedenz, die rund 15 Jahre nach Fertigstellung der Anstalt erschien,⁶ und ein Text-Bild-Band aus dem Jahre 2002.⁷ Wesentlich umfangreicher sind dagegen Publikationen, die sich aus übergreifenden Fragestellungen heraus bestimmten Aspekten der Klinikgeschichte zuwenden. Den Hintergrund dafür stellt vor allem das ab den 1980er Jahren aufgelebte Interesse an der Geschichte der Psychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus dar, das den Blick immer wieder auf die Landesanstalt Görden lenkte, war diese doch an

5 Namensentwicklung der Gördener Einrichtung: 1955–1958: Krankenhaus für Psychiatrie Görden, Brandenburg (Havel); 1958–1972: Bezirkskrankenhaus für Neurologie und Psychiatrie Görden, Brandenburg (Havel); 1972–1991: Bezirksnervenlinik Brandenburg; seit 1991: Landeslinik Brandenburg.

6 Vgl. Franz Viedenz, Die brandenburgische Landesanstalt Görden bei Brandenburg an der Havel, Düsseldorf o.J. (1951). Die Arbeit von Viedenz basiert in großen Teilen auf der Darstellung des ersten Direktors der Gördener Einrichtung Adolf Riebeth, die Anfang der 1920er Jahre entstand. Sie befindet in Manuskriptform unter dem Titel „Die VI. Landesirrenanstalt der Provinz Brandenburg in Görden bei Brandenburg a./H.“ im BLHA, Rep. 55, Abt. I, Nr. 258. Eine 1939 auf Anweisung der Verwaltungsbehörde entstandene Chronik greift stark auf Viedenz zurück und liegt ebenfalls in Manuskriptform vor; vgl. ebd. Rep. 55, Abt. IX, Nr. 1687.

7 Vgl. Beatrice Falk/Friedrich Hauer, Draußen auf dem Görden. Eine Zeitreise durch die Geschichte der Landeslinik Brandenburg in Wort und Bild, Berlin 2002.

den Verbrechen gegen Behinderte und Kranken zentral beteiligt.⁸ Daneben gab es aus medizingeschichtlicher Perspektive einige Untersuchungen aus der Feder von DDR-Autoren zur Psychiatriegeschichte im eigenen Lande, die auf die Bezirksnervenklinik Brandenburg eingingen.⁹ Nach dem Ende der DDR nahm die wissenschaftliche und öffentliche Nachfrage nach der Rolle der Psychiatrie im politischen System der DDR enorm zu, woraus einige grundlegende Arbeiten erwuchsen, denen wesentliche Erkenntnisse über die Görden Einrichtung zu verdanken sind.¹⁰ Im Rahmen des Projektes zur „Fürsorge und Wohlfahrtsstaatlichkeit in der Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert“, das in den Jahren 2000 bis 2005 am Historischen Institut der Universität Potsdam angesiedelt war, entstanden bisher 12 Bände der Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg,¹¹ die auch die Geschichte der Landesanstalt Görden bzw. ihrer Nachfolgeeinrichtungen erhellen.¹² Das Projekt wird seit Oktober 2005 unter dem erweiterten Titel „Sozialfürsorge in Brandenburg“ fortgeführt und weist mit der vorliegenden Arbeit Bd. 13 auf.

8 Vgl. Ernst Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, 9. Aufl., Frankfurt/M. 1999; ders. (Hg.), Dokumente zur „Euthanasie“, 5. Aufl., Frankfurt/M. 2001; Götz Aly (Hg.), Aktion T4 1939 – 1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, 2. erw. Aufl., Berlin 1989; Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung lebensunwerten Lebens 1890 – 1945, Göttingen (= Kritische Studie zur Geschichtswissenschaft Bd. 75) 1987; ders., Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937 – 1945 (= Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 1) Berlin 2000; Jürgen Peiffer, Hirnforschung im Zwielicht: Beispiele verführbarer Wissenschaft aus der Zeit des Nationalsozialismus. Julius Hallervorden – H.-J. Scherer – Berthold Ostertag (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Heft 79) Husum 1997; ders., Wissenschaftliches Erkenntnistreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und Unterscheidung von Kinder- „Euthanasie“ und T4-Aktion (= Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“; Ergebnisse 23) Berlin 2005; Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997.

9 Vgl. Helmuth F. Späte/Achim Thom/Klaus Weise, Theorie, Geschichte und aktuelle Tendenzen in der Psychiatrie (= Medizin und Gesellschaft 15. Beihefte zur „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“), Jena 1982; Luise Köhler, Entwicklungsprobleme im Fachgebiet Neurologie/Psychiatrie im Land Brandenburg in der Zeit vom Mai 1945 bis 1952, Diss. Leipzig 1986.

10 Vgl. Sonja Süß, Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR (= Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 14), Berlin 1998; Heike Bernhardt/Regine Lockett (Hg.), Mit ohne Freud. Zur Geschichte der Psychoanalyse in Ostdeutschland (= Bibliothek der Psychoanalyse), Gießen 2000; Sabine Hanrath, Zwischen „Euthanasie“ und Psychiatriereform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: Ein deutsch-deutscher Vergleich (1945 – 1964), Paderborn u. a. 2002.

11 Mit der Verwaltungsreform 1952 in der DDR und der Auflösung der Länder entstanden auf dem Gebiet des ehemaligen Landes Brandenburg die Bezirke Cottbus und Potsdam, deren medizinische Einrichtungen ebenfalls Gegenstand der Untersuchung sind.

12 Landesamt für Soziales und Versorgung für die Landeskliniken Brandenburg/Havel, Eberswalde, Lübbentz und Teupitz (Hg.); Brandenburgs Landeskliniken in staatlicher Hand. Geschichte – Gegenwart – Zukunftsperspektiven (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 1), Potsdam 2001; Kristina Hübener (Hg.) in Zusammenarbeit mit Martin Heinze, Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 5), Berlin 2002; Thomas Beddies/Kristina Hübener (Hg.), Dokumente zur Psychiatrie im Nationalsozialismus (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 6), Berlin 2005; Annette Hinz-Wessels, NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 7), Berlin 2004; Thomas Beddies/Kristina Hübener (Hg.) Kinder in der NS-Psychiatrie, (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 10), Berlin 2004; Dietmar Schulze, Die Landesanstalt Neuruppin in der NS-Zeit (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 8), Berlin 2004; Wolfgang Rose, Anstaltspsychiatrie in der DDR. Die brandenburgischen Kliniken zwischen 1945 und 1990. Mit einem Beitrag von Annette Weinke (= Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd. 9), Berlin 2005; Kristina Hübener, Leistende Verwaltung.

Die genannten und weitere Forschungen beeinflussten die Arbeit in zweifacher Hinsicht. Zum einen stellen sie einen unverzichtbaren Erkenntnis- und Wissensfundus dar, aus dem geschöpft werden konnte. Zum anderen erlauben sie Verknappungen bzw. die Vernachlässigung von Aspekten der Geschichte der Brandenburger Landesklinik, da diese andernorts eine ausführliche und in ihrer Tiefe hier nicht zu erreichende Untersuchung erfahren haben.¹⁵

Die vorliegende Untersuchung stützt sich neben der skizzierten Literatur vor allem auf die Auswertung der Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde, des Stadtarchivs Brandenburg/Havel und des Archivs der Landesklinik Brandenburg.

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam stellt den wichtigsten Fundus für die Geschichte der Landesklinik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar, da das Krankenhaus bis Anfang der 1950er Jahre als provinzielle bzw. Landeseinrichtung geführt wurde. Das Verwaltungsschriftgut der brandenburgischen Provinzialverwaltung (Rep. 55) dokumentiert recht umfassend die Entwicklungen der brandenburgischen Anstaltsfürsorge und der Landesanstalt Görden bis 1945. Nicht ganz so materialreich, aber dennoch in Einzelfragen sehr auskunftsfreudig, sind die nach 1945 entstandenen Bestände (Rep. 211 – Land Brandenburg bzw. Rep. 401 – Rat des Bezirkes), bei denen sich die Quellenauswertung auf Akten des Gesundheitswesens konzentrierte. Als wesentlich schwieriger erwies sich die Überlieferungssituation bei den originären Verwaltungsakten der Landesanstalt Görden vor 1952 (Rep. 55 C, LA Brandenburg-Görden). Hier sind nur wenige Unterlagen vorhanden, wogegen Personal- und Krankenakten der Landesanstalt Görden umfangreicher überliefert sind und exemplarisch ausgewertet wurden.

Bei den Quellen des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde standen diejenigen Bestände im Mittelpunkt, die Aufschluss über die Entwicklung der Landesklinik Brandenburg in nationalsozialistischer Zeit geben. Dies betraf insbesondere den Bestand R 179 (Kanzlei des Führers, Hauptamt II b), der ca. 50000 Patientenakten der Opfer der „Euthanasie-Aktion T4“ umfasst und aus dem zahlreiche Akten für die Untersuchung herangezogen wurden. Auch Personalunterlagen ehemaliger Gördener Mitarbeiter im Bestand BDC (ehemaliges Berlin Document Center) und Verwaltungsakten der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten (R 96 I) wurden ausgewertet. Darüber hinaus bildeten die Bundesarchivakten des Bestandes DQ 1, Ministerium für Gesundheitswesen der DDR, sowie die zur Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen gehörenden Verwaltungsakten der SED-Parteiführung eine Basis, um die Rolle des Krankenhauses innerhalb der DDR-Psychiatrie beleuchten zu können.

Mit der Verwaltungsreform in der DDR im Jahre 1952 erfolgte die Unterstellung der damaligen Landesanstalt Görden unter den Rat der Stadt Brandenburg. Aus dieser Zuordnung, die bis 1990 bestehen blieb, erwuchs Verwal-

¹⁵ Die Verknappungen finden ihren Niederschlag vor allem in den Kapiteln „Tödliche Psychiatrie“ und „Zeitenwende“ sowie im Abschnitt „Psychiatrie und Staatsicherheit“. Für die darin behandelte Komplexe und Fragestellungen liegen zahlreiche Spezialuntersuchungen vor, vgl. Anm. 8, 10, 12.

tungsschriftgut, das zu den Beständen des Stadtarchivs Brandenburg/Havel zählt. Im Vergleich zur Bedeutung des psychiatrischen Krankenhauses als kommunale Einrichtung reflektieren die Akten allerdings nur bruchstückhaft die innere Entwicklung des Krankenhauses sowie dessen Beziehungen zur Stadt. Wesentlich auskunftsfreudiger sind die Quellen für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, wenngleich sich nicht alle Überlieferungslücken füllen ließen.

Das Archiv der Landeslinik Brandenburg enthält keine Akten für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nachdem in den letzten Jahren die Aufnahmebücher, die Patienten- und Personalakten sowie die Verwaltungsakten für den Zeitraum 1912 bis 1952 in das Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam überführt wurden,¹⁴ konzentriert sich das historische Klinikarchiv auf das Schriftgut des Krankenhauses von der Verwaltungsreform in der DDR 1952 bis zur politischen Wende 1989/90. Befragt wurde der Bestand vor allem nach den Profilierungsbestrebungen des Gördeners Krankenhauses und ihren Implikationen, mit denen zum einen die Institution Großkrankenhaus betrieben und zum anderen einer gesundheitspolitisch verantwortungslosen Vernachlässigung der Psychiatrie begegnet werden sollte. Nicht eingesehen wurden aus Datenschutzgründen Patientenakten der letzten Jahrzehnte.

Das vorliegende Buch wäre nicht ohne vielfältige Hilfe und Förderung möglich gewesen. An erster Stelle gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeslinik Brandenburg, vor allem den Mitgliedern der Klinikleitung Dorit Zahn, Dr. Eckard Marg und Ilona Brosig sowie der Leiterin des Klinikarchivs Edelgard Kunisch. Hervorheben möchten wir jene Einrichtungen, die auf unkompliziertem Wege Literatur, Akten und Abbildungen zur Verfügung stellten, wie das Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, das Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam, das Stadtarchiv Brandenburg, die Museen und Gedenkstätten der Stadt Brandenburg, das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und das Niedersächsische Hauptstaatsarchiv Hannover. Zeitgenössische Schriftstücke und Fotos, die ganz persönliches Erleben widerspiegeln, sind häufig das „Salz in der Suppe“ einer Institutionsgeschichte. Dass hiervon ausreichend vorhanden war, verdanken wir den Leihgaben und Schenkungen von ehemaligen Mitarbeitern, ihren Angehörigen und privaten Sammlern.

Anregend und nützlich waren für uns Gespräche mit „altgedienten Gördenern“, die in verschiedenen Funktionen über Jahre hinweg die Einrichtung mitprägten. Stellvertretend seien genannt: Eva Arnold, Dorothea Hensel (†), Dr. Erna Kallenbach, Rosemarie Mandler, Annemarie Reinecke, Dr. Siegfried Schirmer und Dr. Hubertus Windischmann.

In unseren Dank schließen wir die Projektleiterin der Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Dr. Kristina Hübener, sowie Dr. Christian Härtel vom be.bra wissenschaft verlag ein, die das vorliegende Buch mit viel Geduld und Sachkenntnis begleiteten.

14 Allerdings umfasst das Verwaltungsschriftgut bis 1945 nur ca. 30 Akten und gibt keine Auskunft zu den Krankenmorden in der NS-Zeit. Vgl. BLHA, Rep. 55 C, LA Brandenburg-Görden.